

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Friedrich Ritter und der
Volksfront Fraktion

Fehlende Stellungnahme zum 7. Oktober

Am 7. Oktober 2025 jährte sich der Angriff der Hamas und das folgende Massaker zum wiederholten Mal. Mit diesem Tag gehen jedoch nicht nur die unfassbaren Bilder des 7. Oktobers 2023 einher, sondern auch die Bilder aus dem Gazastreifen, welche diesen in nichts nachstehen und Folge der menschenverachtenden Kriegsführung der israelischen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sind. Dennoch blieb eine Stellungnahme der Bundesregierung an diesem wichtigen Tag aus. Stattdessen befand sich der Abgeordnete der NFP Fraktion Herr Philipp Ludwig aus Anlass des 7. Oktobers mehrtägig in Israel und hielt eine Pressekonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten ab.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

- 1) Wie sieht die Bundesregierung die künftige deutsche Position im Nahost-Konflikt?
 - a) Wird die Bundesregierung künftig Schritte zur Klarstellung der deutschen Position unternehmen?
 - b) Wie definiert die Bundesregierung die "Staatsräson"?
- 2) Wird die Bundesregierung eine Aussetzung aller Waffenlieferungen an Israel veranlassen?
- 3) Welche weiteren Sanktionen gegen Israel würde die Bundesregierung zusätzlich erwägen?
- 4) Ist sich die Bundesregierung über die prekäre humanitäre Lage in Gaza bewusst und was will sie dagegen unternehmen?
- 5) Erwägt die Bundesregierung gegenwärtig eine Anerkennung des Staates Palästina?
- 6) Erkennt die Bundesregierung den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) an?
 - a) Falls ja, würde die Bundesregierung den vom Strafgerichtshof ausgestellten Haftbefehl gegen Benjamin Netanjahu vollstrecken?

7.) Hatte die Bundesregierung Kenntnis über die Pressekonferenz des Herrn Abgeordneten Phillip Ludwig mit dem israelischen Ministerpräsidenten?

a.) Falls ja, wurde sie genehmigt?

8.) Wie bewertet die Bundesregierung diese Pressekonferenz? Unterstützt/Billigt sie diese?

Berlin, den 09. Oktober 2025

Friedrich Ritter und Fraktion